



## Bundestag verabschiedet weitere Maßnahmen zur inneren Sicherheit Fußfessel, BKA und Fluggastdaten

Wegen der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus hat der Bundestag eine Reihe von Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht. So beschloss der Bundestag auf Drängen der Union eine Änderung des Strafgesetzbuches und ahndet künftig Angriffe auf Polizisten, Retter und Feuerwehrleute deutlich strenger als bislang. So sollen Übergriffe bei einfachen Diensthandlungen wie Streifenfahrten oder Unfallaufnahmen demnächst mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden. Diese Gesetzesänderung wird notwendig, da in den letzten Jahren die Zahl der gewalttätigen Angriffe stetig zugenommen hat. So wurden 2015 allein auf Polizisten im Dienst mehr als 64.000 Übergriffe gemeldet. Feuerwehrleute und Rettungskräfte im Einsatz sind bei dieser Statistik noch nicht einmal mitgezählt. Und die Zahl steigt weiter.

Ebenfalls auf Initiative der Unionsfraktion hat der Bundestag die „Ausweitung des Maßregelrechtes bei extremistischen Straftätern“ beschlossen. Dadurch wird es möglich, extremistische Straftäter sowie potenzielle



Bundesinnenminister de Maizière auf der Sicherheitskonferenz der CDU/CSU-Fraktion in dieser Woche. Foto CDU/CSU

Gefährder mit einer elektronischen Fußfessel zu überwachen. So kann für Straftäter, die wegen schwerer Staatsschutzdelikte verurteilt wurden, direkt im Anschluss an die Haft diese elektronische Überwachung angeordnet werden. Zu schweren Staatsschutzdelikten zählen beispielsweise die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, Terrorismusfinanzierung sowie die Unterstützung in- und ausländischer Seite 2

### Wirtschaftsjunioren aus Biberach in Berlin

Josef Rief empfing in dieser Woche zwei Wirtschaftsjunioren aus seinem Wahlkreis im Bundestag. Aus Guttenzell-Hürbel war Martin Bayer (r.), Geschäftsführer der Eichwald ProBau GmbH, und aus Biberach Thorsten Göbel (l.) von der Firma e.wa riss nach Berlin gekommen, um den Abgeordneten eine Woche lang bei seiner Arbeit zu begleiten. In diesem Jahr nehmen ca. 200 Wirtschaftsjunioren am Programm mit Vorträgen und Diskussion teil. Josef Rief schätzt dabei den vertieften Austausch mit den Führungskräften aus der Region, was auch gleichzeitig dazu führt, dass das Verständnis für die Arbeit des anderen wächst. ■



Nächster Sprechtag von Josef Rief:  
7. Juni 13.00 - 15.00 Uhr  
im Wahlkreisbüro in Biberach, Braithweg 27

Josef Rief ist auf Facebook mit Profil und Fan-Page unter:  
[www.facebook.com/josefriefmdb](http://www.facebook.com/josefriefmdb)



## Fortsetzung von Seite 1

terroristischer Vereinigungen. Schon eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren genügt, um eine elektronische Aufenthaltsüberwachung anzuordnen. Bislang kann die elektronische Fußfessel erst nach der Verbüßung einer dreijährigen Freiheitsstrafe angeordnet werden. Damit ist ein weiterer Teil des Maßnahmenpakets auf den Weg gebracht worden, auf das die Unionsfraktion in unmittelbarer Reaktion auf den Anschlag am Breitscheidplatz gefordert hatte. Mit einer Fußfessel wird der Aufenthalt einer Person elektronisch überwacht. Das Gerät mit dem Sender wird an einem der beiden Fußgelenke angebracht. Dieser Sender hält ständigen Funkkontakt mit einer Basisstation. Empfängt diese Station kein Signal, weil der Sender sich außerhalb ihrer Reichweite befindet oder zerstört wurde, wird die überwachende Behörde alarmiert.

Zur Abwehr schwerer Straftaten ist es den staatlichen Behörden seit 2009 erlaubt, vorbeugende Telefon- und Onlineüberwachungen bei Verdächtigen und ihren Kontaktpersonen durchzuführen, Spähsoftware auf Computern zu installieren sowie Wohnungen über Ton und Bild verdeckt zu überwachen.

Im vergangenen Jahr hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass diese umfangreichen BKA-Befugnisse teilweise verfassungswidrig sind. Daher

zieht die Koalition die Grenzen nun enger. Bundesinnenminister Thomas de Maizière nannte die Änderung eine „grundlegende Modernisierung der Informationstechnik der Polizei“. Die Gesetzesänderung sieht nämlich außerdem vor, die Zentralstellenfunktion des BKA zu modernisieren – vor allem die IT-Architektur. Ein wesentlicher Aspekt ist dabei die Einrichtung einer einheitlichen IT-Landschaft statt verschiedener "Datentöpfe". Das Gesetz soll die Datenqualität verbessern und neue gemeinsame IT-Standards etablieren.

Bei Flügen von und nach Deutschland sollen die Airlines verpflichtet werden, umfangreiche Datensätze über ihre Passagiere an das Bundeskriminalamt weiterzuleiten. Das schreibt eine entsprechende EU-Richtlinie vor. Dabei geht es um Daten wie Namen des Fluggastes, Kreditkartennummer, Gepäckstücke oder Mitreisende. Damit soll der internationale Terrorismus ebenso bekämpft werden wie die organisierte Kriminalität.

Im Fall von schweren Cyber-Attacken können betroffene Behörden und Unternehmen künftig auf die Hilfe einer staatlichen Eingreiftruppe zurückgreifen. Die Rechtsgrundlage für den Einsatz so genannter Mobiler Incident Response Teams, sogenannter MIRTs, will der Bundestag ebenfalls noch in dieser Woche beschließen. ■

## MdB Josef Rief: Zeitplan für die B312 ist nicht akzeptabel

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Rief zeigte sich sehr verwundert über den im Internet veröffentlichten Zeitplan für die Realisierung der Ortsumgehung der B312 für Ringschait, Ochsenhausen, Erlenmoos und Edenbachen. Das Landratsamt Biberach und das Regierungspräsidium Tübingen planen hier einen frühestmöglichen Baubeginn für 2029; vorausgesetzt es treten keine Klagen auf.

„Dieser Zeitplan würde bedeuten, dass wir noch 12 Jahre auf einen Baubeginn warten müssten. Das wäre beispiellos lang für Bauvorhaben dieser Art und Größe. Die Planungen sind längst im Gange. Alle Beteiligten sind in Vorleistung gegangen. Auch Spezialisten im Verkehrsausschuss und das Bundesverkehrsministerium zeigten sich sehr verwundert über diesen langen Zeitplan“, sagte Josef Rief in Berlin.

Rief ist mit Landratsamt und Regierungspräsidium in Kontakt getreten und bittet um Aufklärung.

„Verkehrsstaatssekretär Bomba hielt schon 2013 bei seinem Besuch in Ochsenhausen einen 10-jährigen Pla-



Josef Rief mit Staatssekretär Norbert Barthle in Bundesverkehrsministerium (Archivfoto)

nungszeitraum für realisierbar. Sein Referatsleiter Manfred Herborn sprach wortwörtlich von mindestens 6 Jahren bis zur Baureife. Wie man dann jetzt zu den langen Zeiträumen kommt, möchte ich schon gerne wissen. Diese Verzögerung ist nicht durch zwischenzeitlich erlassene Gesetze erklärbar. Alle zuständigen Stellen sind gehalten, zur Beschleunigung bestmöglich beizutragen und Wege dafür aufzuzeigen“, so Rief. ■